



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Entscheiderbrief

Informationsschnelldienst

08/2022

Das BAMF

Inhaltsverzeichnis

Verfahren

Videoverhandlungen in Asylprozessen – auf dem Weg durch die Instanzen

4

Integration

Fachkräfteeinwanderung: Änderungen des Aufenthalts- und Bleiberechts im praxisorientierten Austausch

4

Aus der Rechtsprechung

VG Potsdam / Kuwait: Keine Verfolgung der Volksgruppe der Bidun

5

VG Würzburg / Saudi-Arabien: Ausreise und Asylantragstellung als Ausdruck regimiekritischer Gesinnung

6

Blick zum Nachbarn

Die Partnerbehörde Frontex

7

Neuerwerbungen der Bibliothek

8

Impressum

9



Verfahren

Videoverhandlungen in Asylprozessen – auf dem Weg durch die Instanzen

Videokonferenztechniken haben in Folge des durch die Corona-Pandemie nochmals beschleunigten Digitalisierungsprozesses der vergangenen Jahre allgemeine Verbreitung gefunden. Auch Gerichte machen von dem ressourcenschonenden Format der Videokonferenz zunehmend Gebrauch. Zur Durchführung von Gerichtsverfahren findet dieses mittlerweile verbreitete Anwendung dergestalt, dass einzelne Prozessbeteiligte mündlichen Verhandlungen im Gerichtssaal mittels Videotechnik zugeschaltet werden.

In Verfahren der Verwaltungsgerichtsbarkeit bedarf es dazu einer Gestattung durch das Gericht, dass sich der mittels Videotechnik zuzuschaltende Beteiligte während der mündlichen Verhandlung an einem anderen Ort aufhält und dort Verfahrenshandlungen vornimmt (§ 102a Abs. 1 Satz 1 VwGO). Die Verhandlung wird zeitgleich in Bild und Ton an diesen Ort und in das Sitzungszimmer übertragen (§ 102a Abs. 1 Satz 2 VwGO). In Asylprozessen bestehen mittlerweile umfassende Erfahrungen in Bezug auf die Zuschaltung des Prozessvertreters des Bundesamtes nicht nur in erster Instanz, sondern auch in Berufungs- und Revisionsverfahren. Auch der Europäische Gerichtshof (EuGH) verhandelt bereits teilweise über Videotechnik. Über die diesbezüglichen, in erstinstanzlichen Verfahren vor dem Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgericht gewonnenen Erfahrungen ist in dieser Zeitschrift vor gut einem halben Jahr berichtet worden.¹ Bereits damals war darauf hingewiesen worden, dass der Einsatz der Videokonferenztechnik nicht allein den Vorteil der Reduzierung des Infektionsrisikos biete, sondern vor allem auch ein geeignetes Mittel zur noch effizienteren Steuerung des Einsatzes von Personal durch die Vermeidung von Reiseaufwand darstelle und sich kürzere Verfahrensdauern erreichen ließen.

Die in den letzten Monaten in Berufungsverhandlungen vor den Obergerichtsgerichten (OVG) und Verwaltungsgerichtshöfen (VGH) gewonnenen Erfahrungen sind ebenfalls durchweg positiv. In Verfahren vor dem Schleswig-Holsteinischen OVG, dem OVG Mecklenburg-Vorpommern und jüngst erstmals dem VGH Baden-Württemberg wurden Verhandlungen unter Zuschaltung des Vertreters des Bundesamtes vollkommen problemlos in bester Qualität durchgeführt. Weitere Obergerichte haben bereits signalisiert, dass die Bereitschaft zum Einsatz von Videokonferenztechnik besteht.

Es wird jeweils durch das Gericht vorgegeben, welche technische Plattform zum Einsatz kommt. Wohl in Folge des Föderalismus und im Sinne von

Technologieoffenheit werden verschiedene Videokonferenzplattformen verwendet. Die Qualität ist durchweg beanstandungsfrei. Die Plattformen unterscheiden sich nur in Nuancen. Besondere IT-Kenntnisse, welche über diejenigen zur Nutzung üblicher (Büro-) Informationstechnik hinausgehen würden, sind nicht erforderlich. Die Nutzung erfolgt weitestgehend intuitiv. Die aktuell noch verbreiteten „Testläufe“ rechtzeitig vor dem Verhandlungstermin dürften damit zumindest perspektivisch aller Voraussicht nach wegfallen, was die Effizienz nochmals steigern wird.

Die mit dem Einsatz von Videokonferenztechnik verbundenen Vorteile sind enorm und legen einen zukünftig noch größeren Rückgriff auf diesen Weg der Verhandlungsdurchführung in geeigneten Verfahren nahe.

Christian Hackethal, 61D

Integration

Fachkräfteeinwanderung: Änderungen des Aufenthalts- und Bleiberechts im praxisorientierten Austausch

Nach Inkrafttreten des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes zum 1. März 2020² hat die neue Bundesregierung nun am 6. Juli 2022 ein erstes Migrationspaket beschlossen, dass die Aufenthaltsperspektiven von bisher in Deutschland Geduldeten verbessert und weitere ausländische Fachkräfte für den deutschen Arbeitsmarkt erschließen soll.³ Über das Gesetzespaket soll am 21. September 2022 im Bundestag beraten werden.

Erstes Migrationspaket

Rechtlich sieht das erste Migrationspaket in der aktuellen Fassung ein sogenanntes Chancen-Aufenthaltsrecht vor. Demnach sollen langjährig Geduldete durch eine einjährige Aufenthaltserlaubnis die Möglichkeit erhalten, die notwendigen Voraussetzungen für ein Bleiberecht zu erfüllen. Dazu gehört die Sicherung des Lebensunterhalts und die Klärung der Identität. Menschen, die zum Stichtag 1. Januar 2022 fünf Jahre lang in Deutschland ununterbrochen geduldet, gestattet oder sich mit einer Aufenthaltserlaubnis aufgehalten haben, nicht straffällig geworden sind und sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen, profitieren von der Regelung. Mit dem Chancen-Aufenthaltsrecht sollen sogenannte Kettenduldungen verhindert und die Zahl der Langzeitgeduldeten reduziert werden. Bestehende Blei-

² Vgl. <https://fachkraefteeinwanderungsgesetz.de/>, abgerufen am 29.07.2022.

³ Vgl. Bundesministerium für Inneres, Pressemitteilung am 06.07.22: [Bundesregierung beschließt erstes Migrationspaket – Chancen-Aufenthaltsrecht, Erleichterung für Fachkräfte und konsequente Ausweisung von Straftätern](#), abgerufen am 29.07.22.

berechtsregelungen werden angepasst und so die Voraufenthaltszeiten um ein bzw. zwei Jahre reduziert. Bereits integrierte Jugendliche (nunmehr bis 27 Jahre) sollen nach drei statt vier Jahren Aufenthalt in Deutschland die Möglichkeit für ein Bleiberecht erhalten. Geduldeten, die entsprechende Integrationsleistungen vorweisen, soll künftig nach sechs statt acht Jahren oder wenn sie mit minderjährigen Kindern zusammenleben nach vier statt sechs Jahren ein Bleiberecht eröffnet werden.⁴

Die Umsetzung dieser gesetzlichen Neuerungen erfolgt in der Hauptsache durch die Ausländerbehörden. Daneben sieht das Migrationspaket Ausnahmen der Sprachnachweiserfordernisse vor der Einreise für Ehegatten und bei allein nachziehenden Kindern über 16 von jeweils drittstaatsangehörigen Fachkräften vor. Zudem soll jedem Ausländer mit Aufenthaltsgestattung ein Zugang zu Integrations- und Berufssprachkursen im Rahmen verfügbarer Plätze offenstehen.

Praxisorientierter Austausch

Zu einem virtuellen Fachaustausch am 6. Juli 2022 mit Mitarbeitenden von über 100 Ausländerbehörden hatte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge⁵ eingeladen. Den Organisatoren war es ein Anliegen, mit möglichst vielen Ausländerbehörden zum Thema Integration von Fachkräften ins Gespräch zu kommen, da sie oftmals als erste oder sogar teilweise einzige behördliche Anlaufstelle für Fachkräfte und deren Familien fungieren. Bei der Tagung konnten die praxisrelevanten Herausforderungen wie interne Abläufe, Strukturierung, Informationsfluss bei der gemeinsamen Aufgabe der Integration von Fachkräften und ihren Familienangehörigen erörtert und Erfahrungen ausgetauscht, sowie erste Impulse und Informationen zu den anstehenden gesetzlichen Änderungen an die Mitarbeitenden der Ausländerbehörden weitergegeben werden.

Mit der Tagung des Expertenkreises Fachkräfteeinwanderung am 1. Juli 2022 förderte das Bundesamt einen weiteren praxisorientierten Austausch mit Vertretern von zentralen Ausländerbehörden, der IHK Foreign Skills Approval (IHK FOSA), des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH) und der Bundesagentur für Arbeit (BA). Ziel der jährlichen Veranstaltung ist es, den Austausch und die Vernetzung zwischen den zentralen Akteuren der Fachkräfteeinwanderung zu fördern. Aufgrund des Teilnehmerkreises stand dieses Jahr das beschleunigte Fachkräfteverfahren im Fokus. Insbesondere ging es dabei um die Frage, wie Arbeitgeber und mittelständische Unternehmen beraten und begleitet werden können, wenn sie ausländische Fachkräfte anwerben und beschäftigen wollen.

⁴ Vgl. ebd.

⁵ Referat 72A: Aufenthaltsrecht, Fachkräfteeinwanderung, EU-Mobilität und Referat 81A: Grundsatzfragen der Integration, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Geschäftsstelle DIK.

Gemäß dem Koalitionsvertrag sind noch weitere Gesetzesvorhaben seitens des Bundesinnenministeriums und des Arbeitsministeriums geplant, die unter anderem die Einreise und Anwerbung von Fachkräften im Ausland erleichtern sollen.⁶

Nadine Wanzke, 72A

Aus der Rechtsprechung

VG Potsdam / Kuwait: Keine Verfolgung der Volksgruppe der Bidun

Mit Urteil vom 31. Mai 2022 (Az.: VG 15 K 4383/17.A) entschied das Verwaltungsgericht (VG) Potsdam,⁷ dass registrierte Bidun in Kuwait keiner Diskriminierung ausgesetzt sind, die die erforderliche Intensität einer Verfolgungshandlung im Sinne des § 3a Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 AsylG erreicht.

Asylbegründend trug der Kläger vor, dass er aufgrund seiner Zugehörigkeit zu den Bidun staatenlos sei und keine offiziellen Ausweis- oder sonstige Personaldokumente besitze. Er sei zusammen mit seinem Bruder mit gefälschten Pässen ausgereist. Der Volksgruppe der Bidun würden in Kuwait die bürgerlichen Rechte vorenthalten und teilweise offizielle Dokumente verweigert werden. Er habe lediglich über das Dokument „bitaqat muraja’a“ (grüne Registrierungskarte) verfügt. Dieses Dokument gelte jedoch nicht als offizieller Ausweis und man dürfe damit keinen Arbeitsvertrag schließen. Außerdem sei den Bidun aufgrund dieser Umstände etwa der Schulbesuch, die Krankenversicherung und eine offizielle Eheschließung verwehrt. Sie würden als Menschen zweiter Klasse behandelt. Diese Benachteiligung stelle eine Verfolgungshandlung im Sinne von § 3a Abs. 2 Nr. 2 AsylG dar.⁸

Unter dem Begriff der Bidun versteht man eine Gruppe von Menschen, die zum Zeitpunkt der Erklärung der Unabhängigkeit Kuwaits nicht die kuwaitische Staatsbürgerschaft erhalten haben oder nicht um diese nachsuchten. Der Begriff ist nicht inhaltsgleich mit dem der Beduinen, da es sich bei diesen um eine weiter gefasste soziokulturelle Gruppe von Wüstenbewohnern und nomadischen Hirten in der Region handelt, wenngleich es zu Überschneidungen beider Gruppen kommt. In den ersten Jahrzehnten nach der Unabhängigkeitserklärung Kuwaits wurden die Bidun als legale Einwohner ohne Nationalität angesehen und als solche toleriert. In diesem Zeitraum hatten sie

⁶ Vgl. Dietmar Neuerer u. a.: [1,7 Millionen offene Stellen: Die Bundesregierung will Einwanderung für Fachkräfte erleichtern](#) vom 20.07.22, abgerufen am 29.07.22.

⁷ S. VG Potsdam, Urteil vom 31.05.2022, VG 15 K 4383/17.A in MfL: https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe/fetch/2000/702450/683266/683300/684231/684249/684101/23624420/-/VG_Potsdam%2C_vom_31.05.2022%2C_15_K_4383_17.A%2C_Urteil.pdf?nodeid=23743979&vernum=-2, S. 3ff.

⁸ Ebd., S. 19.

mit kuwaitischen Staatsangehörigen gleichberechtigt Zugang zu Bildung, Arbeit, Gesundheitsversorgung und Sozialleistungen. Dies änderte sich ab Mitte der 1980er-Jahre im Zuge der Islamischen Revolution im Iran, des Ersten Golfkrieges und zunehmender ethnisch-religiöser Konflikte. Im Jahr 1986 wurden die Bidun per Gesetz als illegale Einwohner deklariert und von den genannten Leistungen ausgeschlossen. 1993 wiederum wurde für die Registrierung und Einbürgerung von Bidun eine eigene Behörde geschaffen, die seit 2010 unter „Central System for Remediating Illegal Residents' Status“, kurz „Central System“ firmiert.⁹

Nach der vom Gericht eingeholten Auskunft könne aus den vom Kläger vorgelegten Unterlagen geschlossen werden, dass er als „Bidun“ in Kuwait registriert sei. Zwar handele es sich bei den Bidun um eine soziale Gruppe im Sinne des § 3b Abs. 1 Nr. 4 AsylG, für die Beeinträchtigungen durch den kuwaitischen Staat mit durchaus diskriminierender Zielrichtung anzunehmen seien. Jedoch verdichteten sich diese nicht zu der erforderlichen Intensität einer Verfolgungshandlung im Sinne des § 3a Abs. 1 Nr. 1 und 2 AsylG.

Die in das Verfahren eingeführten Erkenntnismittel gingen für registrierte Bidun im Allgemeinen nicht von einer Verfolgung oder Verletzung der Menschenrechte aus. Beim kuwaitischen Staat registrierte Bidun hätten anders als unregistrierte Anspruch auf Sozialleistungen, insbesondere auf staatliche Gesundheitsversorgung und Zugang zum privaten Bildungssystem. Sie könnten kostengünstige staatliche Versicherungspolice erwerben, auch wenn diese eine Vielzahl von Gesundheitsleistungen nicht enthielten. Eine Registrierung ermögliche zudem den Zugang zum legalen Arbeitsmarkt. Weiterhin könnten sich registrierte Bidun offizielle Dokumente wie Geburts-, Heirats- oder Scheidungsurkunden ausstellen lassen. Diese Rechte bedeuteten zwar nicht, dass registrierte Bidun keiner Beeinträchtigung oder Diskriminierung mehr ausgesetzt seien. Es sei aber davon auszugehen, dass sich die meisten Bidun trotz Schwierigkeiten den Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen verschaffen könnten.

Im vorliegenden Fall habe der Kläger somit weder einen Anspruch auf Zuerkennung der Flüchtlings-eigenschaft noch auf Zuerkennung des subsidiären Schutzstatus.¹⁰

Andreas Emcev, 62E

VG Würzburg / Saudi-Arabien: Ausreise und Asylantragstellung als Ausdruck regimekritischer Gesinnung

Mit Urteil vom 7. Juli 2022 entschied das Verwaltungsgericht (VG) Würzburg (Az.: W 5 K 22.30252)¹¹, dass Ausreise und Asylantragstellung bei einer Rückkehr nach Saudi-Arabien als regimekritische Gesinnung aufgefasst werden können.

Die Klägerin erklärte, mit ihrem jemenitischen Ehemann 2021 aus Saudi-Arabien ausgereist zu sein, nachdem sie erfahren hätten, dass sein dortiger Aufenthaltstitel nicht verlängert werden sollte und ihm eine Abschiebung in den Jemen drohte. Sie selbst habe befürchtet bei einem Verbleib in Saudi-Arabien Probleme mit den staatlichen Behörden zu bekommen, da sie ihren Ehemann bei der Ausreise nach Deutschland unterstützt habe und für ihn habe bürgen müssen.

Das Staats- und Gesellschaftssystem Saudi-Arabiens besteht aus einer absoluten Monarchie. Der Koran und die „Sünna“ bilden die Verfassung. Das Rechtssystem basiert auf der islamischen Rechtsvorschrift, der Scharia, wie sie in der islamischen Rechtswissenschaft interpretiert wird. Da islamisches Recht nicht schriftlich kodifiziert ist, ermöglicht es den Richtern einen breiten Interpretationsspielraum. Den aktuellen Erkenntnissen des Gerichts ist zu entnehmen, dass der saudische Staat jegliches kritische Verhalten an den politischen Strukturen sowie dem bestehenden Herrschaftssystem terroristischen Handlungen gleichstellt und diese unter erhebliche Strafen stellt.¹²

In der jüngeren verwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung wird davon ausgegangen, dass der saudi-arabische Staat schon eine Asylantragstellung als diskreditierende Äußerung in Bezug auf den Herkunftsstaat ansehe, und den damit verbundenen Aufenthalt im westlichen Ausland als Ausdruck politisch missliebiger Gesinnung betrachte und diese mit Verfolgungsmaßnahmen ahnde.¹³

¹¹ VG Würzburg, Urteil vom 07.07.2022, W 5 K 22.30252

– in MILO: https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe/fetch/2000/702450/683266/683300/684312/684532/684384/23624006/-/VG_W%2C3%BCrzb%2C_vom_07.07.2022%2C_W_5_K_22.30252%2C_Urteil.pdf?nodeid=23919372&vernum=-2

¹² Ebd. S. 9-12.

¹³ S. VG Magdeburg, Urteil vom 21.7.2021 – 9 A 157/20 m.w.N.

– in MILO: https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe/fetch/2000/702450/683266/683300/684312/684532/684384/22719407/-/VG_Magdeburg%2C_vom_09.03.2021%2C_9_A_241_20_MD%2C_Urteil.pdf?nodeid=22719519&vernum=-2

S. auch VG Greifswald, Urteil vom 17.2.2022 – 6 A 654/20 HGW

– in MILO: https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe/fetch/2000/702450/683266/683300/684312/684532/684384/23624006/-/VG_Greifswald%2C_von_17.02.2022%2C_6_A_654_20_HGW%2C_Urteil.pdf?nodeid=23624330&vernum=-2

⁹ Vgl. Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl der Republik Österreich, Länderinformationsblatt der Staatendokumentation, Kuwait, 29.03.2019, S. 19.

¹⁰ S. VG Potsdam, Urteil vom 31.05.2022, VG 15 K 4383/17.A, S. 9ff.

Das Gericht führte aus, dass in diesem konkreten Fall Ausreise und Asylantragstellung der Klägerin nicht alleine stünden. Die Klägerin habe vorliegend zusätzliche Gesichtspunkte vorgetragen, die der saudische Staat als regimekritisches Verhalten unterstelle. Neben ihrer eigenen Ausreise und Asylantragstellung in Deutschland, die automatisch als regimefeindliche Handlung aufgefasst werden würden, gehörten hierzu ihre Unterstützungshandlungen bei der Verhinderung der Abschiebung des Ehemanns in den Jemen und die für ihren Ehemann abgegebene „Bürgschaftserklärung“, die sich nicht nur auf finanzielle Aspekte beschränke, sondern auch eine mögliche Strafverfolgung aufgrund regimefeindlichen Verhaltens des Ehemanns einschließe. Schließlich habe der saudi-arabische Staat auch ein bereits konkretes Verfolgungsinteresse entwickelt, da die saudi-arabische Polizei sich im Mai 2022 bei den Eltern der Klägerin nach ihrer Person erkundigt und ihre Mutter aus Sorge vor Verfolgungshandlungen nähere Auskünfte verweigert habe.

Das VG Würzburg befand, dass die Klägerin für ihren spezifischen Einzelfall plausibel habe darstellen können, dass ihr bei Rückkehr mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit staatliche Verfolgungsmaßnahmen drohten. Die Klägerin könne sich auch nicht durch eine interne Fluchtmöglichkeit im Sinne des § 4 Abs. 3 Satz 1 i. V. m. § 3e AsylG der Verfolgung entziehen, da es hinreichend wahrscheinlich sei, dass die saudi-arabischen Sicherheitsbehörden sie am Flughafen identifizieren könnten. Das Gericht sprach der Klägerin einen Anspruch auf Zuerkennung des subsidiären Schutzstatus¹⁴ gemäß § 4 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 AsylG zu.

Dr. Anke Reiß, 62E

Blick zum Nachbarn: Die Partnerbehörde Frontex

Frontex¹⁵ wurde 2004 als dezentrale¹⁶ europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Europäischen Union gegründet und am 14. September 2016 durch EU-Verordnung über die Europäische Grenz- und Küstenwache mit Sitz in

14 „Der Klagebevollmächtigte nahm die ursprünglich auch auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft gerichtete Klage zurück. Insoweit wurde das Verfahren abgetrennt, unter dem Az. W 5 K 22.30498 fortgeführt und eingestellt.“ Siehe VG Würzburg, Urteil vom 07.07.2022, W 5 K 22.30252, S. 7.

15 Französisch „frontières extérieures“ (Außengrenzen), Europäische Agentur für Grenz- und Küstenwache

16 Frontex ist eine von 33 dezentralen EU-Agenturen. „Dezentrale Agenturen müssen besonderen politischen Erfordernissen gerecht werden und die europäische Zusammenarbeit durch die Bündelung von Fach- und Expertenwissen der EU und der nationalen Regierungen so stärken. [Sie] werden durch Verordnung des Rates oder des Europäischen Parlaments und des Rates auf unbestimmte Zeit errichtet.“ Definition s. Europäischer Rechnungshof: [Kurzinformation zur Prüfung der EU-Agenturen 2020](#), (29.10.2021) S. 9; abgerufen 22.06.22.

Warschau errichtet.¹⁷ Ziel von Frontex ist die Unterstützung der EU-Mitgliedstaaten und Schengen-assoziierten Länder¹⁸ beim Schutz der EU-Außengrenzen, des EU-Raums und des freien Verkehrs. Die Mitgliedstaaten sind jedoch weiterhin selbst für den Schutz der EU-Außengrenzen verantwortlich.

Zusammenarbeit des Bundesamtes mit Frontex

Die Zusammenarbeit des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit Frontex umfasst die Passersatzbeschaffung (PEB) und mit der Mandatserweiterung auch den Bereich der Reintegration von Rückkehrenden. Im Bereich der PEB besteht die Möglichkeit, Identifizierungsmissionen mit Vertreterinnen und Vertretern der Herkunftsländer zwecks Beschaffung von Heimreisedokumenten durch Frontex kofinanzieren zu lassen. Das zum 1. April 2022 gestartete und von Frontex finanzierte JRS-Programm (Joint Reintegration Services) bietet individuelle Reintegrationshilfen für Rückkehrende in ihren Herkunftsländern. Für die Koordinierung dieser Hilfen auf nationaler Ebene ist das Bundesamt mit seiner gesammelten Expertise weiterhin zuständig. Diese Erfahrungen wurden ebenso bei Schulungen von „Return Specialists“, die unter anderem im Bereich der Rückkehrberatung für Frontex agieren und mit dem Bundesamt kooperieren, übermittelt.

Vielfältige Aufgaben von Frontex

Im Rahmen seiner vielfältigen Aufgaben hat Frontex eine technische und operative Strategie erarbeitet, wie das vom EU-Rat 2006 definierte integrierte europäische Grenzmanagement umgesetzt werden kann. Seit Veröffentlichung und Annahme dieser Strategie 2019 gehören zu den wichtigsten Aufgaben von Frontex: Die Überwachung der Umsetzung sowie Hilfestellung für nationale Behörden bei der Umsetzung der Strategie und Durchführung von proaktiven Strategiemeasures auf europäischer Ebene. Frontex verstärkt, bewertet und koordiniert Aktionen der Mitgliedstaaten. Zusätzlich übernimmt Frontex die Aufsicht darüber, ob die Kontrollen an den insgesamt 54.752 Kilometern EU-Außengrenzen wirksam sind. Wo das nicht der Fall ist, unterstützt die Agentur die Mitgliedstaaten technisch und operativ sowie durch gemeinsame Aktionen und Soforteinsätze. Alle Tätigkeiten von Frontex beruhen auf eigenen Risikoanalysen der Sicherheit der EU-Außengrenzen.¹⁹ Frontex entwickelt und nutzt für diese Arbeit Informationssysteme²⁰, welche die Datensammlung sowie einen raschen und zuverlässigen Informationsaustausch über sich möglicherweise abzeichnende Risiken bei der Verwaltung der Außengrenzen, bei illegalen Grenzübertritten und bei der

17 Vgl. Verordnung (EU) 216/1642 vom 14. September 2016.

18 Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz

19 Vgl. https://european-union.europa.eu/institutions-law-budget/institutions-and-bodies/institutions-and-bodies-profiles/frontex_de, abgerufen 24.06.2022

20 Zu diesen Systemen zählen ETIAS, EES, VIS (Plus Erweiterung VIS II), SIS, API und PNR, EURODAC, Einführung von CIRAM, Vgl. Frontex: [Technische und operative Strategie für das integrierte europäische Grenzmanagement](#), 2020 S. 20, abgerufen 21.06.2022

Rückkehr ermöglichen. Frontex arbeitet dabei eng mit der EU-Kommission und den Einrichtungen der Union zusammen.²¹

Geplanter Ausbau bis 2027

Für diese umfassenden Aufgaben stehen Frontex Haushaltsmittel der EU zur Verfügung. Seit 2019 bis 2027 sollen finanzielle Mittel wie auch Personal (sog. Standing Corps/ständige Reserve) sukzessiv aufgestockt werden. Frontex startete 2005 mit 45 Angestellten und einem Budget von 6 Millionen Euro. Die Zahl der Mitarbeitenden stieg bis zum Jahr 2011 auf 298 und betrug zum Jahresanfang 2021 rund 1.000 Mitarbeitende. Ab dem Jahr 2024 sollen für kurzfristige Kriseneinsätze rund 7.000 und ab dem Jahr 2027 bis zu 10.000 Einsatzkräfte vorgehalten werden. Im Jahr 2015 betrug das Budget²² 250 Millionen Euro²³ und soll im Zeitraum 2021 bis 2027 auf 11 Milliarden Euro aufgestockt werden: „Hauptsächlich zur Aufstellung der ständigen Reserve von 10.000 Grenzschutzbeamten aus den Mitgliedstaaten und zur Anschaffung neuer Ausrüstung – und das eigene Personal der Agentur [soll] in den nächsten Jahren auf 3.000“ erhöht werden.²⁴ Die Aufstockung des Budgets und der Einsatzkräfte wird durch die EU- und assoziierten Schengen-Staaten aufgebracht. Die deutschen Kräfte im Frontex-Einsatz sollen von 826 Personen (2021) aufgestockt werden auf 1.052 (bis 2027). Die EU-Kommission hat im Jahr 2019 den Rechtsrahmen und die Befugnisse der Agentur ausgeweitet.²⁵ Beispielsweise kann Frontex seitdem Aktionen in Mitgliedsländern durchführen, die nicht um Unterstützung gebeten haben sowie sich an gemeinsamen Einsätzen mit benachbarten Drittländern beteiligen.²⁶

Vorwürfe gegen Frontex und Neuaufstellung 2022

Aufgrund der Erweiterung der Kompetenzen und dem vermehrten Bedarf der Sicherung der EU-Außengrenzen mehrten sich auch Vorwürfe gegen Frontex. In seinem Urteil vom 17. Dezember 2020 hat der EuGH die Durchführung von Asyl- und Rückkehrverfahren, wie sie in den Transitzone an der ungarischen Grenze zu Serbien praktiziert wurden, als nicht mit dem Unionsrecht vereinbar beanstandet.²⁷ Gegen Kroatien wurde

im Dezember 2020 eine Beschwerde beim UN-Menschenrechtsausschuss eingereicht²⁸ und im Januar 2021 hat das EU-Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF)²⁹ gegen die Agentur und mehrere Führungskräfte Ermittlungen eingeleitet.³⁰ Als Reaktion vermehrter Vorwürfe trat Fabrice Leggeri, der Exekutivdirektor von 2015–2022 zurück.³¹ Die kommissarische Leitung hat Aija Kalnaja übernommen, bisherige stellvertretende Exekutivdirektorin für das Management der ständigen Reserve. Auf Initiative der Bundesregierung hin dränge der Verwaltungsrat von Frontex auf die Erarbeitung eines Aktionsplans durch die kommissarische Leitung. Dieser solle für mehr Transparenz bei operativen Maßnahmen sorgen und helfen, mögliche offene Rechtsfragen zu klären.³²

Lena Thiem, 62E

Neuerwerbungen der Bibliothek

Ganter, Jonas: Mitwirkungspflichten und Sanktionen im Asyl- und Aufenthaltsrecht. Berlin: Peter Lang, 2022. 398 Seiten. ISBN 978-3-631-87653-4

Hutter, Simone; Beck, Christian: Die Beschäftigung von Flüchtlingen und Asylbewerbern. 2. Auflage, Stand: Mai 2022. Nürnberg: Datev, 2022. 90 Seiten. ISBN 978-3-96276-085-4

Jahrbuch des Migrationsrechts für die Bundesrepublik Deutschland. 2021 – 1. Auflage. Baden-Baden: Nomos, 2022. 480 Seiten. ISBN 978-3-8487-7394-7

Matthies, Thomas: Relocation: die Umsiedlung von Asylbewerbern in der Europäischen Union. Berlin; Münster: 2021. 356 Seiten. ISBN 978-3-643-14863-6

Themenschwerpunkt: Punktesystem, Zeitschr. für Ausländerrecht und Ausländerpolitik, Nr. 4, S. 139–158

Wessels, Janna: The concealment controversy: sexual orientation, discretion, reasoning and the scope of refugee protection. Cambridge University Press, 2021. 304 Seiten. ISBN 978-1-108-83709-5

21 Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Grenzschutzbehörden, Migrationsbehörden, Zollbehörden, Gesundheits- und Strafverfolgungsbehörden sowie Drittstaaten. Zusammenarbeit mit EUAA, Europol, Eurojust, EUROSUR, eu-LISA, FRA, CEPOL, EAD, EMSA, EFCA, INTERPOL, CIRAM, SEM, EMN lt. Verordnung (EU) 2016/1624 des europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2016; Kapitel II Abschnitt 1 Artikel 8 Absatz r), abgerufen 20.06.22

22 Der größte Ausgabenposten von Frontex ist laut europäischem Rechnungshof mit circa 70 % der operative Bereich, knapp über 20 % sind Personal- und rund 10 % sind Verwaltungskosten. Siehe Europäischer Rechnungshof: [Kurzinformation zur Prüfung der EU-Agenturen 2020](#), erschienen 29.10.2021, S. 15; abgerufen 22.06.22

23 Vgl. Christoph B. Schiltz: [Jetzt muss sich Frontex neu erfinden](#), WELT.de, (30.04.2022); abgerufen 23.06.22

24 Vgl. Europäischer Rechnungshof: [Pressemitteilung vom 30.01.2020](#), abgerufen 22.06.2022

25 Vgl. Europäischer Rechnungshof: [Kurzinformation zur Prüfung der EU-Agenturen 2020](#), (29.10.2021); abgerufen 22.06.22

26 Vgl. dazu Bundeszentrale für politische Bildung: [Frontex - Fragen und Antworten](#) (15.06.16); abgerufen 24.06.22

27 S. dazu EuGH-Urteil vom 17. Dezember 2020, C-808/18

28 Vgl. dazu European Center for Constitutional and Human Rights: [Push-Backs in Kroatien: Beschwerde vor dem UN-Menschenrechtsausschuss](#); abgerufen 23.06.22

29 [European Anti-Fraud Office \(OLAF\)](#) untersucht Fälle von Betrug zum Nachteil des EU-Haushalts, von Korruption und schwerwiegendem Fehlverhalten innerhalb der Einrichtungen der EU.

30 Vgl. Pro Asyl: [Chance auf Neuanfang? Zum Rücktritt von Frontex-Chef Fabrice Leggeri](#) (05.05.22), abgerufen 24.06.22

31 Vgl. dazu WELT vom 29.04.2022: [Frontex-Chef tritt zurück und beklagt mangelnden politischen Rückhalt](#); abgerufen 23.06.22

32 Vgl. Deutscher Bundestag: Kritische Fragen zum Neuanfang bei Frontex – Menschenrechte/Ausschuss – 22.06.2022 (hib 321/2022); <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-900254>, abgerufen 23.08.2022.

Impressum

Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
90461 Nürnberg

Stand

08/2022

Druck

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Gestaltung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Bildnachweis

iStockphoto


Bestellmöglichkeit

Referat Informationsvermittlung/Länder- und Rechtsdokumentation,
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg
E-Mail: [e-brief\(at\)bamf.bund.de](mailto:e-brief(at)bamf.bund.de)
<https://milo.bamf.de>

Sie können diese Publikation auch als barrierefreies PDF-Dokument herunterladen
unter: www.bamf.de/publikationen

Die Publikation wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags-, und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Besuchen Sie uns auf

 www.facebook.com/bamf.socialmedia

 [@BAMF_Dialog](https://twitter.com/BAMF_Dialog)

www.bamf.de

